Herausgegeben von den Angehörigen, Freunden und Freundinnen der politischen Gefangenen in der BRD

Angehörigen Info

C 10190 D 24.9.1992 **Nr. 102**

Gedanken einer Mutter zum Prozeß gegen Christian Klar

Wer jetzt nicht denkt, der wird 's auch nicht mehr lernen!

Am 7.9.92 soll Christian Klar in einer Art Schnellverfahren zu lebenslänglichen Knast verurteilt werden. Zusätzlich zu den fünfmal Lebenslänglich plus 15 Jahre, die er bereits hat. Damit ist er der höchst bestrafte Gefangene, den dieses Land mit seiner faschistischen Vergangenheit und den Nazitätern aus Justiz, Medizin, Militär, Industrie und Verwaltung je hatte.

„Sühne" ist also nicht der Grund zu diesem Prozeß. Auch nicht das von der Bundesanwaltschaft immer behauptete Legalitätsprinzip. Vielmehr geht es dem Staat darum, Christian über die sogenannte Schuldschwere bis an sein Lebensende im Knast zu vergraben. Daraus machen die Ankläger auch keinerlei Hehl. Zu gleicher Zeit legt das Gericht seine Befangenheit ungeniert offen, indem es die Kronzeugenaussagen schon im Vorfeld des Prozesses als Mittel für die sichere, weitere Verurteilung von Christian Klar bewertet.

Damit wird offen, was die Kinkelinitiative für Gefangene aus der RAF vorsieht.

Systematische Öffentlichkeitsarbeit der BAW als Mittel zur Vorverurteilung.
Christian Klar wurde von seinen Gegnern unter Mithilfe sämtlicher Medien in all den Jahren systematisch zum blutrünstigen Topterroristen aufgebaut.

Nach ihrem Verständnis vom Menschen ist er jetzt aufs Stichwort ein „leichtverkäuflicher Markenartikel" ohne Rechte, dessen erneute Verurteilung sofort von den Medien akzeptiert und entsprechend weiterverbreitet werden wird. Damit ist das Klima geschaffen, um unbehelligt weitere Gefangene aus der RAF vor Gericht stellen zu können, so wie sie es bereits für Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann, Eva Haule, Heidi Schulz und Helmut Pohl vorbereiten.

Das besondere Rechtsverständnis, das Politsenate der BRD schon immer für linke Gefangene aufbrachten und das für alle Zeiten mit dem berüchtigten *Stammheim* verbunden bleiben wird — läßt diesen Prozeß zu, obwohl er nur durch Aussagen möglich wurde, die in einer existentiellen Notlage der Kronzeugen entstanden und dank fehlender Protokolle weder von der Verteidigung noch vom Gericht nachzuvollziehen sind.

Denunzieren — das Ende des Subjekts
Die Kronzeugenregelung symbolisiert in besonderer Weise den staatlichen Plan gegen radikale Linke: Denunziation gegen Belohnung. Für einen fairen Prozeß sind aus solch einer Konstellation keinerlei verwertbare Aussagen zu gewinnen. Der durch Versprechung und Drohung korrumpierte Zeuge muß aus taktischen Gründen und zum Zweck des eigenen Vorteils aussagen, was die Justiz *hören will*. Sie wird erbarmungslos durchblicken lassen, wohin und wie weit er zu gehen hat. Nur so kann er sich die Vorteile wirklich erdealen. Es liegt auf der Hand, daß es korrekte Vernehmungsprotokolle über solche Vorgänge nicht geben darf. Die Chancenlosigkeit des Angeklagten ist Sinn dieses Geschäfts — aber auch der Zeuge hat keine Sicherheit für die versprochene Belohnung. Er ist stattdessen in der Situation,



Luitgard Hornstein im „Redhouse" in der Düsseldorfer Kiefernstraße direkt nach ihrer Entlassung am 14. August

---

Gabi Rollnik ist seit dem 14.8. frei! Wir freuen uns sehr . . .

Aus dem Inhalt

wo der Teufel, dem er den kleinen Finger reichte, nun die ganze Hand will.

Justizvollzug ist Facharbeit am Menschen (Jahrelang Wandspruch im Stammheimer Knast)
Kronzeugen ermöglichen durch ihr Geschäft mit dem Staat Schauprozesse wie diesen, der heute in Stammheim angefangen hat.

Sie lassen sich in der Öffentlichkeit als die Einsichtigen vorführen, während man von Christian Klar, der zu seiner Geschichte steht und sie niemals verraten würde, das übliche negative Bild zeichnet. Auch die Diffamierung von Christians Anwälten durch BAW und Gericht bei der Wahrnehmung ihrer Verteidigungsrechte kann erfahrungsgemäß jetzt schon als gesichert gelten.

Was für eine Justiz, die darauf hinarbeitet, daß ein dealender Zeuge — von ihr durch ein niedriges Urteil belohnt — auch in der Öffentlichkeit die nötige Akzeptanz finden wird!

Was für eine Justiz, die lebenslängliche Knaststrafen mit solchen Aussagen begründen will!

Welch ein Hohn für den von ihnen immer beschworenen Rechtsstaat, wenn der absolute Verurteilungswille schon im Vorfeld dadurch gezeigt wird, daß die Ankläger und die Richter, der Kronzeuge und seine Verteidigung einen geschlossenen Block gegen den anderen „Angeklagten" bilden. Welche Verachtung für die angebliche Unabhängigkeit des Gerichts, wenn der Vorsitzende Richter sich nicht nur offen über die Verurteilungschancen bei Christian Klar freut, sondern auch noch einer aus der Riege ist, deren Voreingenommenheit und Befangeheit geradezu ein Naturgesetz ist — durch ihre jahrelange Tätigkeit bei diesen, speziell für die Linke eingerichteten Sondersenaten mit Anklageschwerpunkt „Werber / Unterstützer / Mitglied der RAF".

Was für ein verlogener Staat, der mit der Kinkelinitiative Vorschläge für die Freiheit der politischen Gefangenen in die öffentliche Diskussion warf — in Wahrheit aber gar keine politische Lösung will.

Das beweist dieser Prozeß.

Er ist ein Pilotprojekt, mit dem erneut jeder Widerstand diffamiert, entpolitisiert, kriminalisiert und als illegitim und sinnlos hingestellt werden soll — und das im Angesicht von Ausbeutung, Bürgerkrieg, Hunger und Armutswanderungen in der ganzen Welt sowie Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Rechtsruck und menschenverachtender Asylpolitik im eigenen Land.

Vor dem Hintergrund der Brandanschläge gegen wehrlose Menschen in der ganzen BRD muß die Bundesanwaltschaft sich von der Öffentlichkeit fragen lassen, weshalb sie in diesen Fällen nicht einmal die Ermittlungen an sich zieht, während sie seit Jahren Urteile gegen Linke initiiert, bei der sie schon allein durch die Höhe der durchgesetzten Haftstrafen wissen läßt, daß ihr der Schutz von Sachen, von Macht- und Herrschaftssymbolen wie Rüstungskonzerne und Militärschulen — als das höhere Rechtsgut gilt. Mehr noch: daß ihr der politische Hintergrund von Machtsymbolbeschädigung so vernichtenswert ist, daß sie vor konstruierten Anklagen und willkürlichen Zuordnungen nicht zurückschreckt. So erst kürzlich geschehen in den zwei letzten großen Prozessen gegen Eva Haule (15 J., neue Ermittlungen für weitere Verurteilung laufen), Luitgard Hornstein (9 J., davon 6 Jahre in Haft, kurz nach Rechtskraft entlassen), Christian Kluth (10 J.), Andrea Sievering (9 J.) und Rico Prauss (9 J.).

Stammheim wird immer der große dunkle Fleck auf der verkrampft gepflegten weißen Weste der BRD sein. Dieser Ort ist gebrandmarkt als der Ort, wo der Staat politisch Denkenden, die ihn wegen falscher Politik bekämpfen, jede Legitimität absprach und sie einer gezielten Sonderbehandlung zugeführt hat. Die Flut von verfassungswidrigen Maßnahmen, die Sonderprozeßführung, Kontaktsperre, Verteidigerausschluß, Isolationsfolter bis hin zum Tod von Gefangenen wird die Geschichte nicht aussparen, wenn es darum geht, was der „demokratische" Staat in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts unter wehrhaft verstand.

In der Öffentlichkeit hat er unter Nutzung seiner Macht über die Medien dafür gesorgt, die kämpfenden Linken als kriminelle, unpolitische, blindwütige Gewalttäter darzustellen, während er nun bei rechtsradikalem Terror gegen Wohnung, Eigentum und Leben wehrloser, schutzsuchender Menschen Beschönigungen, Verniedlichungen und sogar Verständnis zeigt. Jugend, Alkoholisierung, schlechte soziale Verhältnisse (im übrigen auch Schuld des Staates) werden angeführt bzw. im kommunikativen Bedarfsfall von Irregeleiteten, Irrationalen, Chaoten, Verrückten, Politrockern o. a. gesprochen. Parallel dazu wird die Mär vom Asylmißbrauch, dem vollen Boot und den Wirtschaftsflüchtlingen lebendiggehalten, um beim „braven" Bürger eine entsprechende Meinungsbildung zu fördern. Diese sind es nun, die mit den Politikern „Verständnis" für die Rechtsradikalen haben und sich gleichzeitig von den „Übergriffen" distanzieren. Letzteres gehört zum „guten Ton" und ist leicht.

Niemand von ihnen allen zeigt Entsetzen über eine immer größer werdende Zahl von jungen Menschen, die Enttäuschung und Unbehagen, Benachteiligung und Neid, Haß und berechtigte Wut auf die große Politik an völlig Unschuldigen, Unbeteiligten, Wehrlosen zulassen. Keiner von der schweigenden — also zustimmenden — Mehrheit verlangt unser Steuergeld von da, wo es wirklich vergeudet wird: bei öffentlichen Bauten und überflüssigen Prestigeveranstaltungen, bei Parteienselbstbedienung und Rüstungssteigerung nach innen wie außen.

Maulend zwar, aber letztlich unkritisch wird hingenommen, wie auf unser aller Kosten verfehlte Politik bzw. ihre Folgen mit waffen- und zahlenmäßiger Aufrüstung der Polizei, Ausbau der politischen Kommissariate in den Städten, in den Landeskriminalämtern, in Verfassungsschutz und BKA betrieben wird — zusätzlich zu BND, MAD, KGT und und und . . .

Alles vom Volk bezahlt und gegen das Volk gerichtet.

Das nicht zu bemerken und auch nicht zu bekämpfen, noch mehr davon zu fordern in der Annahme, es würde sich niemals gegen sie richten — diese Dummheit macht die Rechten so beliebt bei Staat und Regierung. Rechte wehren sich nie gegen den Staat, sondern gegen die, die auch nichts haben. Staatstreu muliplizieren Medien Manipulationskampagnen und bauen Hemmschwellen gezielt und erfolgreich ab. Nicht deutsch, nicht angepaßt, nicht politisch verfolgt zu sein, reicht nun aus, verfolgt zu werden. Da der Status des potentiellen Opfers aber (noch??) nicht in den Arm eingebrannt oder am gelben Stern erkennbar ist, werden auch nicht angepaßte Deutsche, eingebürgerte Türken und politisch verfolgte Schwarze geschlagen, erstochen, verbrannt und aus fahrenden Zügen gestoßen.

Die Sprache der Politiker in diesen Tagen ist Ausdruck von Verachtung für die Menschen, die zu uns kommen. Sie ist Akzeptanz dessen, was die Rechtsradikalen tun, und Zustimmung für die Forderung der schweigenden Mehrheit. Sie ist Beweis für mangelnde Menschlichkeit. Denn: Ob das Boot voll ist oder nicht, wer durch das gesprochene Wort schürt und durch sein Schweigen zuläßt, was derzeit in der BRD geschieht, der ist selbst Täter.

Worte sind wie Waffen. Im Politikersprachgebrauch der BRD ist eine abgemagerte somalische Frau mit ihrem sterbenden Kind im Arm ein Wirtschaftsflüchtling.

Die Justiz wird in den nächsten Wochen den Rechtsruck in Staat und Regierung unterstreichen und legalisieren — es sei denn, sie erinnert sich ihrer Aufgabe.

Gemessen an den Urteilen gegen Linke wegen Sachbeschädigung durch einen Sprengstoffanschlag auf einen Rüstungskonzern oder wegen Werfens eines Molotowcocktails auf einen Börsencomputer kann kein Strafmündiger, der Feuer in menschliche, bewohnte Behausungen wirft, unter 10 Jahren da-

vonkommen.

Die Justiz kommt jetzt — in ihrer behaupteten Unbefangenheit und Unabhängigkeit in die höchste Nachkriegskrise überhaupt. Entweder mißt sie weiter schamlos mit zweierlei Maß — wofür Stammheim schon lange steht —, oder es kommt eine Flut von höchsten Haftstrafen gegen sehr junge Menschen auf die BRD zu — denen Landfriedensbruch, Brandstiftung, Mordversuch oder mindestens Inkaufnahme von Toten vorgeworfen werden muß —, oder es setzt in der Politik ein Umdenken ein, wo sie die Notwendigkeit und Legitimität linken Widerstands begreift und die Schuld der Regierung erkennt, daß ungezählte junge Leute glauben, ihre Wut nur noch in Angriffen auf Schwache loswerden zu können.

Widerstand gegen Staatsgewalt und gegen falsche Politik ist Wesen und Sinn der Demokratie und ein Menschenrecht. Rechtsradikale Menschenverachtung und Angriff auf Wehrlose ist Zeichen einer verbogenen Gesellschaft und Folge verfehlter Politik. Sie ist keinesfalls ein Mittel für ihre Korrektur.

Uns mit den Menschenverächtern in einen Topf zu werfen und als „Gewaltbereite von Rechts und Links" zu bezeichnen, ist die neue Lüge zum Zwecke der Massenmanipulation.

Machthaber haben den Unterdrückten schon immer gern eingeredet, sie und ihre Herrschaft zu bekämpfen sei ganz besonders verwerflich.

Wie weiter mit der Freiheitsinitiative?

Nochmal: Gedanken zur Demo am 20.6.92 in Bonn

Vor dem Hintergrund der sog. Kinkel-Initiative und der Erklärung der Guerilla vom 10.4. haben wir im Mai die Situation so eingeschätzt, daß es möglich und richtig sei, noch im Juni zu intervenieren. Es schien offensichtlich, daß der Staat trotz seiner Ankündigungen und dem Medienrummel um sie keine realen Schritte zur Freilassung, vor allem der haftunfähigen Gefangenen, unternehmen würde. Stattdessen sollte die Initiative als (weiteres) Instrument der Erpressung und versuchten Demütigung der Gefangenen benutzt werden.

Gerade nach der Erklärung der Guerilla war es deutlich, daß der nötige politische Druck für eine politische Lösung von uns kommen mußte. Gleichzeitig war absehbar, daß die zu diesem Zeitpunkt mögliche breitere und öffentliche Auseinandersetzung um die Situation und die Forderungen der Gefangenen durch andere Ereignisse wie z. B. dem Krieg in Jugoslawien schnell wieder in den Hintergrund gedrängt werden würde, wenn wir sie allein den bürgerlichen Medien überlassen und von der Gnade des Staats abhängig machen würden. Es wäre fatal gewesen, die Auseinandersetzung um eine politische Lösung für die Gefangenen (zusammen mit dem notorischen Sommerloch) weit in den Herbst rein zu schieben, was von manchen in der Diskussion in Bonn favorisiert worden ist.

Wir wollten mit einer Demo noch kurz vor der Sommerpause in Bonn das breitere Interesse nutzen; gleichzeitig wollten wir die Diskussion um politische Vorstellungen für die Freiheit der Gefangenen. Und natürlich wollten wir gerade in dieser Situation praktischen Druck für die Freilassung von Bernd entwickeln.

Unser Ziel war, diese Diskussion und Auseinandersetzung mit möglichst vielen Menschen, die mit ihren unterschiedlichen politischen Ansätzen für die Freiheit der Gefangenen sind, zu führen und sie zu mobilisieren.

Heute, zwei Monate nach der Demo in Bonn, müssen wir resümieren, daß wir es mit der Initiative Demo nicht geschafft haben, mehr Bewegung in die Auseinandersetzung um die Freiheit der Gefangenen zu bringen. Trotzdem denken wir, daß mit der Demo in Bonn eine Grundlage geschaffen worden ist, von der aus die Diskussion um die Freiheit der Gefangenen geführt und vertieft werden kann, die notwendig ist, um weitere praktische Initiativen zu entwickeln. Die Tatsache, daß etwa 2000 Menschen am 20.6. in Bonn demonstriert haben und viele Gruppen und Organisationen mit Grußbotschaften oder Redebeiträgen auf der Demo vertreten waren (der ersten bundesweiten Demo zu den politischen Gefangenen, die ohne direkte Initiative der Gefangenen (Hungerstreik) von draußen initiiert worden ist), werten wir zu Recht als Erfolg.

Zur Organisierung der Demonstration — Gedanken zur Struktur

Unser konkretes Ziel war, mit möglichst vielen zu reden. Daraus ist das erste Treffen der Vorbereitungsgruppe entstanden. Wir haben zu Beginn unserer Initiative bewußt kein Städtetreffen einberufen, weil wir keinen Wasserkopf wollten, sondern eine ernsthafte Diskussion über die konkrete Idee einer Demo noch im Juni. Alle wissen, daß konkrete Vorschläge bei solchen Treffen eher zerredet werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir als Vorbereitungsgruppe (trotz z. T. unterschiedlicher Einschätzungen, Rangehensweisen etc.) ausgehend von dieser Entscheidung für die Demo sehr gut miteinander arbeiten konnten.

Trotzdem gab es auch bei uns noch die Widersprüchlichkeit, den „Automatismus" der Organisierung aufzugreifen:

Wir haben zwei Städtetreffen zur Demo einberufen aus den praktischen Notwendigkeiten, die die Organisierung einer bundesweiten Demonstration mit sich bringen, aber auch, weil wir rausfinden wollten und mußten, wie diese Initiative aufgenommen und wie an ihr diskutiert wird. Doch auf diesen beiden Städtetreffen hat sich gezeigt, daß Kritik eher lähmend und selten unterstützend war, Skepsis als Hindernis formuliert wurde, eine politische Diskussion (z. B. über die Frage, wie man/frau die Situation im Mai/Juni einschätzt) jedoch nicht möglich. Entsprechend hat sich die Vorbereitungsgruppe aus dem Städtetreffen heraus dann auch nicht vergrößert.

Parallel haben wir auch zwei Bündnistreffen gemacht, auf denen aber kaum jemand war. Auf diesen Treffen ist aus der Diskussion um den Aufruf das Text-Plakat zur Demo entstanden. Wir denken, daß auf diesen beiden Bündnistreffen im wesentlichen nicht aus inhaltlichen Gründen so wenige waren, sondern daß auch die Strukturen der bundesweiten Organisationen weitgehend nicht mehr funktionsfähig sind und es auch hier im wesentlichen über einzelne läuft, auf deren Initiative es dann auch ankommt. Wir schätzen es so ein, daß es zwar grundsätzlich Solidarität mit den Forderungen nach Freiheit für die politischen Gefangenen gibt, es braucht aber mehr, damit diese sich praktisch umsetzt.

Als Fazit denken wir: Es gibt keine bundesweite Struktur, auf die wir zurückgreifen oder uns verlassen können. Es gibt zwar in vielen Städten Leute, die schon lange zu/mit den Gefangenen arbeiten, aber damit läßt sich nicht einfach eine Organisationsstruktur wie Städtetreffen machen. Es kommt auf die Initiative einzelner/Zusammenhänge an, darauf, daß sich die Menschen finden, die zumindest an Punkten gemein-

same Voraussetzungen haben und so in der Lage sind, politisch handlungsfähig zu sein („Initiativen zusammen durchkämpfen") — also konkretes gemeinsames Interesse und Entscheidungen als Ausgangspunkt und nicht die Zugehörigkeit zu einem imaginären Zusammenhang oder „Wir". Vor diesem Hintergrund taugt auch die Aufteilung in Städte- und Bündnistreffen nicht mehr.

Dies ist nicht unser Rezept für die nächsten Jahre, aber wir denken, daß wir hiervon im Moment ausgehen müssen. Wir können nicht von einem „Wir" ausgehen, da die Strukturen eher die Initiative einzelner lähmen — einfach, weil sie so nicht mehr stimmen.

Vorbereitungsgruppe 20.6. — Mehrheit/f., 30.8.92

Bundesweites Treffen in Kassel, 12.9.

Obwohl beim letzten gutbesuchten Treffen am 22.8. in Kassel vereinbart wurde, sich am 12.9. wieder zusammenzusetzen, wunderten wir uns doch sehr, daß nur vier Städte diesen Beschluß als verbindlich betrachteten. Vor allem angesichts dessen, daß dieses Treffen erstens einer Vorbereitung weiterer Treffen dienen sollte und zweitens wir zu einer gemeinsamen Einschätzung der momentanen Situation in bezug auf die Freilassung aller politischen Gefangenen kommen wollten. Nichtsdestotrotz haben wir die Zeit genutzt zu einer ersten gemeinsamen Einschätzung, die wir nachfolgend zur Diskussion stellen.

Vorweg ein paar Worte zur Situation von Bernd

Nach unseren Informationen ist es so gut wie sicher, daß Bernd Ende September vom Bundespräsident begnadigt werden soll und daß er dann Mitte Oktober rauskommen soll, mit der Auflage einer therapeutischen Behandlung wie vereinbart. Es ist natürlich notwendig, vor Ort die weitere Entwicklung genau zu beobachten, und das läuft auch, aber wir finden wie Bernd auch, daß unsere Schwerpunkte jetzt vor allem auf die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen gelegt werden müssen.

Zu unserer Einschätzung

Vor 3 Jahren haben die Gefangenen thematisiert, daß der Beginn von gemeinsamer Diskussion und der Versuch einer Neubestimmung der Politik grundsätzlicher Opposition ansteht. Sie haben im Hungerstreik mit der Forderung „Zusammenlegung — Diskussion — Freiheit" den politischen Prozeß zu ihrer Freilassung antizipiert. Materiell hat sich seitdem an der Situation der politischen Gefangenen in der BRD nur wenig verändert. Die jetzt 8 Monate alte „Kinkel-Initiative" erweist sich immer deutlicher als Propaganda-Show.

— Günter, Thomas, Luiti, Claudia und Gabi sind draußen, wir freuen uns.

— Einige Gefangene hatten erstmals die Möglichkeit, sich im Fernsehen und im Rundfunk sowie in der Presse authentisch zu äußern.

— Bernds Freilassung ist in greifbare Nähe gerückt.

Gleichzeitig

— haben sich die Haftbedingungen für einzelne Gefangene verschärft, z.B. bei Brigitte (Mohnhaupt) in Aichach,

— hat der erste „Kronzeugenprozeß" gegen Christian (Klar) begonnen, sollen auch die nächsten geplanten Prozesse durchgezogen werden,

— werden 129a-Verfahren gegen UnterstützerInnen der Forderungen nach Freiheit und Zusammenlegung vorangetrieben (Verfahren gegen die *Spiegel*-BesetzerInnen in Hannover),

— wird weiterhin mit dem Leben von den haftunfähigen Gefangenen gespielt, indem die Halbstrafe bei Isabel (Jacob) und die Zweidrittelstrafe bei Ali (Jansen) abgelehnt wurde,

— sind weitere Zweidrittelanträge abgelehnt worden, bei Norbert (Hofmeier) und Bärbel (Perau-Hofmeier),

— laufen neue Ermittlungsverfahren gegen Eva (Haule) und Helmut (Pohl).

Für uns wird daraus ersichtlich, daß sich an der harten Haltung dieses Staates gegenüber den Gefangenen nichts geändert hat. Das Ausmerzverhältnis gegenüber radikaler linker Politik besteht weiterhin. Seit den Pogromen in Rostock wurde „Rassismus zur offiziellen deutschen Staatsideologie erklärt", wie's Christian in seiner Prozeßerklärung treffend formulierte. Die BRD schwingt sich militärisch zu offenen imperialistischen Aktivitäten im Ausland auf, jegliche Ansätze von Widerstand und Gegenmacht von unten gegen diese verheerende Entwicklung werden brutal niedergeknüppelt, wie kürzlich in Mannheim oder in München geschehen.

Der Staat setzt weiterhin auf die Aufrechterhaltung des Geiselkalküls als ein Mittel gegenüber militantem Widerstand, um für seine Politik ein ruhiges Hinterland zu erzwingen. Von vornherein war die „Kinkel-Initiative" darauf angelegt, die kritische Öffentlichkeit über die Fakten der letzten 22 Jahre zu täuschen und mit wohldosierten Freilassungen einzelner das Grundproblem zu verschleiern. Wer in der „Kinkel-Initiative" den Willen des Staates zu einer politischen Lösung vermutete, kann diese auch nach den jüngsten Äußerungen der Justizministerin (siehe letztes *Info*) als gestorben betrachten.

Sie war eine Reaktion auf die jahrelangen Anstrengungen und den Kampf drinnen und draußen für die Verbesserung der Haftbedingungen, gegen ihr Vernichtungskalkül und auf die Tatsache, daß die politischen Gefangenen immer ein starkes Mobilisierungselement für die Kämpfe draußen verkörpert haben. Zugleich diente sie als Herrschaftsinstrument zur Bekämpfung linker Opposition durch Spaltungsmanöver.

Das ist die eine Seite. Die andere bestand in den Versuchen, die „Kinkel-Initiative" von uns aus zu füllen, da es materiell die Freiheit von Gefangenen bedeuten kann. Der staatlichen Ankündigung, 8 namentlich genannte Gefangene freizulassen, wurde von den Gefangenen und von uns die Forderung nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung aller Gefangenen, die Zweidrittel bzw. 15 Jahre und länger sitzen, entgegengestellt, wie es Lutz im letzten *Info* nochmal hervorgehoben hat. Die Bedingung dafür, daß diese Gefangenen ihre Anträge stellen, waren, daß Günter und Bernd freigelassen werden. Sobald Bernd begnadigt ist, Günter ist ja bereits raus, werden also diese Anträge gestellt werden. Sie müssen dann auch entsprechend von draußen unterstützt werden.

Weitere Forderungen sind natürlich die sofortige Freilassung aller Haftunfähigen, also Bernd, Isabel und Ali, die Freiheit für alle in einem absehbaren Zeitraum und bis dahin ihre Zusammenlegung in zwei große Gruppen. Diese Forderungen sind eine Einheit und müssen auch immer zusammen gesehen und thematisiert werden, auch wenn die Situation vor Ort jeweils unterschiedlich ist und aufgegriffen werden muß.

Unser Vorschlag

Aus dem bisher Gesagten stellen wir einen dezentralen Aktionstag zur Diskussion, zu dem zentral, bundesweit aufgerufen wird, der aber dezentral in den Regionen umgesetzt und organisiert werden soll. Dabei sollen die Situation und die Bedingungen in den jeweiligen Knästen zum Punkt gemacht werden, d.h.: An der realen Situation der jeweiligen Gefangenen sollen die gemeinsamen Forderungen, also Freiheit, Zusammenlegung als Übergang, freie Kommunikation usw., entwickelt werden.

Einladung

Über unsere Einschätzung und den daraus entwickelten Aktionsvorschlag wollen wir beim nächsten Treffen am 3.10. in Kassel diskutieren. Wir hoffen, daß dann auch mehr Städte da sein werden oder zumindest erklären, warum sie's

nicht für nötig halten zu kommen. Zu der angekündigten Knastkundgebung am letzten Oktoberwochenende (siehe *Info* Nr. 100) denken wir, daß nicht größer dafür mobilisiert werden sollte, weil es unter anderem auch gegen Bernds momentanes Interesse ist. Das heißt aber nicht, daß wir's falsch finden, an dem Wochenende mit den anwesenden Leuten eine Kundgebung vorm Kasseler Knast zu machen, wenn Bernd dann nicht bereits draußen ist.

Menschen aus Celle, Kassel und Nürnberg

☆ Sofortige und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen, die 2/3 bzw. 15 Jahre und länger haben ☆ Sofortige Freilassung der haftunfähigen Gefangenen Bernd Rößner, Ali Jansen und Isabel Jacob ☆ Sofortige Zusammenlegung aller Gefangenen in große Gruppen bis zu ihrer Freilassung in einem absehbaren Zeitraum von 2 Jahren ☆ Freie Kommunikation und Information ☆ Einstellung aller Verfahren gegen die Gefangenen aus der RAF ☆ Einstellung aller § 129a-Verfahren

Türkische Todesschwadrone auf dem Boden der BRD!

Die folgende Erklärung des Kurdistan-Komitees wurde am 2. September an alle Parteien des Bundestags und an die Öffentlichkeit verschickt.

Nachdem die deutschen Waffen in den Händen der türkischen Armee den Kurden den Tod gebracht haben, werden jetzt auch Kurden und Kurdinnen im Ausland durch die Zusammenarbeit der Geheimdienste der beiden Staaten mit dem Tod bedroht!

Der „Nationale Sicherheitsrat", der sich am 26. August unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten der Türkei, Turgut Özal, versammelt hat, erklärte, daß die kurdische Bewegung im In- und Ausland demnächst mit israelischen Methoden bekämpft werden wird.

In einer Presseerklärung haben sie als Angriffsziele offen Personen und Institutionen benannt, darunter auch die Kurdistan-Komitees. Weiter wurde in der Presse im Zusammenhang mit dieser Presseerklärung berichtet, daß die Erkenntnisse über die Personen und Institutionen, die im Ausland und vor allem in der BRD die kurdische Bewegung unterstützen, durch deutsche Behörden gewonnen werden.

Der türkische Staat hat seit Jahresbeginn den Krieg gegen die kurdische Bewegung massiv ausgedehnt und richtet seine Angriffe in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung. Aus diesem Grund kam es auf internationaler Ebene, vor allem auch seitens der BRD, zu heftigen Protesten gegen die Türkei. Allerdings stellte sich mit der Wiederaufhebung des Waffenembargos der BRD gegen die Türkei nach drei Monaten heraus, daß das Waffenembargo ein Manöver zur Beruhigung der deutschen Öffentlichkeit war. Es ist bis heute nicht bekannt, was die Bedingungen für die Aufhebung des Embargos waren. Bekannt ist nur eins: Der türkische Staat setzt diese Waffen vor den Augen der ganzen Welt, mit Wissen der deutschen Regierung, gegen die kurdische Zivilbevölkerung ein. Das heißt also, wenn bei dem Treffen des deutschen Außenministers Kinkel mit seinem türkischen Kollegen Çetin nicht andere Vereinbarungen getroffen worden sind als bisher, dann verstößt die Türkei ganz offen gegen die Vereinbarungen, daß die deutschen Waffen, die die Türkei kostenlos aus den Beständen der ehemaligen NVA erhalten hat, nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden dürften.

Die deutschen Waffen wurden zuletzt bei den Massakern der türkischen Armee in Şırnak eingesetzt. Es gibt nicht den geringsten Beweis dafür, daß es vor dem Massaker einen Angriff der Guerilla in Şırnak gegeben hätte, wie es der türkische Staat als Vorwand für das Massaker behauptet hat. Daß es keinen Angriff der Guerilla gegeben hat, hat sogar der Gouverneur von Şırnak, Mustafa Malay, selbst gegenüber der Presse erklärt. Daraus wird klar, daß der angebliche Guerillaangriff in Şırnak von der Konterguerilla inszeniert war.

Die Ereignisse in Şırnak zum Vorwand nehmend sind die vom „Nationalen Sicherheitsrat" der Türkei gefaßten Beschlüsse ein klarer Beweis für den internationalen Staatsterror. Schon jetzt wurden drei kurdische Dörfer im Iran von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Die türkische Presse hetzt immer massiver gegen die Kurden. So lautete die Schlagzeile der Zeitung *Günaydin*: „Wo sich ein PKK'ler zeigt, wird er erschossen", und *Hürriyet* schrieb im Zusammenhang mit dem Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats", daß die Türkei auf dem Territorium anderer Länder israelische Methoden gegen die Kurden anwenden wird. Und sogar mit Hilfe deutscher Geheimdienstquellen!

Wir fragen
— die Presse
— die Regierung
— alle Parteien
— die Öffentlichkeit:

* Wollen Sie Angriffe türkischer Spezialteams im Ausland gegen politisch engagierte kurdische Menschen und Institutionen zulassen? Wenn nicht, welche Vorkehrungen ergreifen Sie dann, um das zu verhindern?
* Wird der deutsche Geheimdienst seine Mithilfe und Mitschuld an möglichen Angriffen gegen politisch engagierte Kurden und Kurdinnen in der BRD fortsetzen?
* Wie hat die deutsche Regierung und wie haben deutsche Parteien auf den Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats" der Türkei, auf deutschem Territorium Operationen durchführen zu wollen, reagiert? Auf dem Territorium eines anderen Landes ohne dessen Erlaubnis Operationen durchzuführen, verstößt gegen internationales Recht. Hat die deutsche Regierung neben den geheimdienstlichen Informationen der Türkei auch eine solche Erlaubnis gegeben?
* In Şırnak sind Kurden und Kurdinnen mit deutschen Waffen ermordet worden. Neben Şırnak hat der türkische Staat auch in Çurkurca und Genç Proben für ein Massaker begonnen. Wie lange sollen deutsche Waffen noch gegen das kurdische Volk eingesetzt werden?

Wir wollen eine Antwort auf diese Fragen. Wenn die deutsche Regierung auf diese Fragen keine zufriedenstellende Antwort gibt und und nicht die notwendige Haltung gegen den türkischen Staat zeigt, wird sie für die Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung mitschuldig und mitverantwortlich sein. Wenn auf dem Boden der BRD Angriffe gegen kurdische, politisch engagierte Menschen und Institutionen durchgeführt werden, dann sind die deutschen Behörden dafür verantwortlich. Mit dieser Erklärung klagen wir den türkischen Staat an. Die deutsche Regierung wird durch ihre Reaktion auf dieses letzte Beispiel des internationalen türkischen Staatsterrors, auf den Beschluß des „Nationalen Sicherheitsrats", auf dem Boden der BRD Angriffe durchführen zu wollen, zeigen, wie stark sie für die Einhaltung internationalen Rechts eintritt.

Die Drohungen der türkischen Republik, Angriffe im Ausland durchzuführen, betreffen nicht nur Kurden und Kurdinnen, sondern auch die ausländischen Freunde des kurdischen Volkes als Einzelpersonen und ihre Gruppen. So erhielt zum Beispiel die Hilfsorganisation medico international und ihr Vorstand Hans Branscheid Drohanrufe und Drohbriefe.

(Kurdistan Komitee in der BRD, 2. September 1992, aus: Kurdistan-Rundbrief 19/92)

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einem Bericht der türkischen Tageszeitung „Hürriyet" vom 29. 8. 92. In dem Ausschnitt werden die Praktiken der israelischen Regierung gegen die palästinensische Bewegung aufgeführt und — optisch daneben — die Maßnahmen der türkischen Regierung gegen die kurdische Befreiungsbewegung (hier kursiv gesetzt). Der Bericht ist ein Beweis für die terroristischen Absichten der türkischen Staatsorgane im In- und Ausland. Das Dokument wurde am 2. 9. vom Kurdistan-Komitee an die Presse, alle Parteien im Bundestag und weitere Verbände verschickt.

Dokumentiert: „Hürriyet" über die Beschlüsse des Sicherheitsrates

„Was hat Israel gemacht? Was wird die Türkei tun?

Unterstützung der Öffentlichkeit

Israel hat bei der Bekämpfung des Terrorismus sowohl vom Parlament als auch von der Bevölkerung Unterstützung bekommen. Sogar die im Ausland lebenden Israelis wurden zu freiwilligen Denunzianten und Unterstützern der israelischen Regierung. Der Mossad hat in diesen Kreisen ein umfangreiches Netz aufgebaut. *In der Deklaration des Nationalen Sicherheitsrats wurde den Parteien, der Presse und der Bevölkerung für die Unterstützung der Aktivitäten der Sicherheitskräfte gedankt. ‚Niemand hat das Recht, Terrororganisationen zu ermutigen, die Soldaten und Polizisten ermorden', damit wurde auf einige diesem nicht entsprechende ‚brüchige Töne' in der Öffentlichkeit hingewiesen.*

Anschläge gegen führende Kader

Israel hat die führenden Kader der Palästinenser, ihre im Ausland ansässigen Vertretungen und ihre finanziellen Unterstützer eins nach dem anderen lokalisiert. Anschließend wurden dahin Sondereinheiten abgesandt, die diese töteten. *Die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrats haben für den Beginn dieser Art von Operationen grünes Licht gegeben. Diese Art von Aktionen sollten gegen die vor 1980 aktiven armenischen Terroristen angewendet werden, konnten aber aufgrund fehlender politischer Beschlüsse nicht durchgeführt werden. Diese Art von Aktionen können jetzt gegen die im Ausland ansässigen kurdischen Vertretungen, ihre Propagandisten und ihre finanziellen Unterstützer gerichtet werden.*

Austrocknen der Quellen

Israel hat mit dem Ziel der Liquidation der Gefahr im Ausland ein weitverbreitetes Geheimdienstnetz aufgebaut. Der weltberühmte israelische Geheimdienst MOSSAD hat die finanziellen und Waffenquellen der palästinensischen Guerilla lokalisiert. Der MOSSAD hat manchmal durch Drohungen und gelegentlich durch Einsatz von finanziellen Mitteln diese Wege abgeschnitten. Die im Ausland ansässigen palästinensischen ‚Deckorganisationen' wurden ausfindig gemacht, ihre Sympathisanten anderer Nationalitäten verfolgt und Informationen gesammelt. Da der israelische Staat über die eventuellen terroristischen Aktionen vorher informiert war, hatte er somit die Chance, diese Aktionen zu verhindern.

In der letzten Zeit begann zwischen der Bundesrepublik Deutschland, in der die PKK im Ausland die aktivste Unterstützung findet, und der Türkei ein geheimdienstlicher Informationsaustausch. Die Türkei bewies mit Dokumenten, daß der auf deutschem Boden stattfindende Drogenverkehr von der PKK geleitet wird, und bekam dafür über die gegen die Türkei gerichteten Aktivitäten der in Deutschland ansässigen Deckorganisationen, wie das Kurdistan-Komitee, noch mehr Informationen. Auf diesem Weg wird die Finanz- und Waffenunterstützung für die PKK unterbunden, eine stärkere geheimdienstliche Struktur aufgebaut werden.

Moderne Technologie

Im Kampf gegen den Terrorismus hat Israel sich vor finanziellen Ausgaben nicht gescheut. Israel setzte die modernste Technologie ein. Z. B. setzte es an der israelischen Grenze unbemannte Flugpatrouillen ein. Dieses im höchsten Grad moderne Gerät lokalisierte die an der Grenze einsikkernden Terroristen anhand der Körperwärme und überträgt dies durch die Nachtkamera. An diesem Gerät, das sechs bis sieben Stunden lautlos fliegen kann, können sogar ferngesteuerte Waffen installiert werden. *Die Türkei führt die Diskussion um den Kauf dieser Waffe seit einem Jahr. Eine Entscheidung über den Kauf dieses Systems aus Israel konnte immer noch nicht getroffen werden. Die Bewegungsfreiheit der Armee und der Hubschrauber im ländlichen Gebiet ist durch das Fehlen von Minendetektoren und Sehgeräten bei Dunkelheit eingeschränkt. Die Aussage in der Erklärung des Nationalen Sicherheitsrates: ‚Die wichtigen Bedürfnisse der Sicherheitskräfte werden erfüllt', hat die Erwartung geweckt, daß die Mängel in kürzester Zeit behoben werden.*

Grenzüberschreitende Operationen

Die palästinensischen Guerillalager in Südlibanon wurden von Israel lokalisiert. Die Lager wurden von israelischen Kriegsflugzeugen, noch bevor es zu einem Angriff (der Palästinenser) kam, bombardiert. Israel hat somit die Initiative ergriffen. In den Fällen, wo dies nicht ausreichte, verübten Sonderkommandos Attentate auf die Guerillakommandanten in den Lagern. Manche Kommandanten konnten sogar lebendig gefaßt und verhört werden. *Die großen PKK-Lager im Nord-Irak werden seit dem letztem Jahr regelmäßig von der türkischen Luftwaffe bombardiert. Die Bombenangriffe der Landstreitkräfte blieben jedoch begrenzt. In der neuen Phase werden gegen die PKK-Lager im Irak, Iran und Syrien ‚Rambo'-Operationen durchgeführt."* (aus: Kurdistan-Rundbrief 19/92)

Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der BRD:

3 neue irische politische Gefangene in deutschen Knästen

Auslieferung am laufenden Band

Drei irische Bürgerinnen und Bürger sind die neuen Opfer eines zwischen EG-Mitgliedsstaaten eingerichteten Auslieferungsverfahrens am laufenden Band. Pauline Drumm aus Fermanagh, Pat Murray aus Dublin und Donnacha O'Kane aus Newry wurden letzten Donnerstag, den 30. Juli 1992, von Frankreich nach Deutschland ausgeliefert. Die drei wurden am 14. Juli 1989 von der französischen Polizei verhaftet, als sie in Richtung der westdeutschen Grenze fuhren. Angeklagt wurden die drei wegen „Verstoß gegen das Sprengstoffgesetz, Verwendung falscher Papiere, Hehlerei mit gestohlenen Papieren und Verbindung zu Rechtsbrechern".

Dann beantragte die westdeutsche Regierung die Auslieferung der drei. Die drei werden in Deutschland gesucht wegen Verdachts der Beteiligung an zwei Bombenanschlägen, einer auf die britische Armeekaserne in Osnabrück und einem zweiten vom 2. Juli 1989 bei Hannover. In Hannover wurde ein britischer Soldat, der Korporal Steven Smith, getötet. Patrick Murray wird außerdem noch von der britischen Polizei aufgrund einer behaupteten Verbindung zu einem IRA-Bombenangriff auf ein Pub bei Blackpool von 1983 gesucht.

Der Auslieferungsfall der drei iri-

schen Bürger wurde zu einem Testfall für das französische Rechtssystem. Mit dem Stattgeben des deutschen Auslieferungsbegehrens war es das erste Mal, daß Frankreich Gefangene nach der Europäischen Konvention über Auslieferung und Terrorismus ausgeliefert hat. Die Konvention wurde 1977 geschaffen, Bürgerrechtsproteste und juristische Klagen jedoch verzögerten die Ratifizierung der Konvention in Frankreich bis 1987.

Der französische Rechtsanwalt, M. Antoine Compte, der die drei beschuldigten Irinnen und Iren verteidigte, argumentierte, daß die behaupteten Taten rein politisch und speziell auf in Westdeutschland stationierte britische Soldaten und Einrichtungen gerichtet sind. Compte legte dar, daß in den sechs Grafschaften (immer noch besetzter Teil Irlands, Anm. d. Ü.) ein „Bürgerkriegs"-Zustand herrsche und das französische Recht diesen Begriff von Bürgerkrieg einschließe.

Compte argumentierte weiter, daß, wenn das Gericht die Auslieferung empfehle, so sollte es vorschreiben, daß die drei später nicht an Britannien ausgeliefert werden dürften. Der französische Ankläger führte im Verfahren 1990 aus, daß dieser Fall die erste Gelegenheit für Frankreich zur Anwendung der Konvention von 1977 sei. Compte legte dar, daß in der Konvention der Fall eines Bürgerkriegs *nicht* vorgesehen ist, dieser wird von der Genfer Konvention seit 1957 gedeckt.

Die Auslieferung wurde im Juli 1990 vom französischen Obersten Gerichtshof ratifiziert, danach lag die endgültige Entscheidung bei der französischen Regierung. Die Angeklagten würden so lange nicht ausgeliefert werden, bis die französischen Anklagen zu einem Verfahren geführt hatten. In Übereinstimmung mit dem Auslieferungsverfahren der 26 Grafschaften (der Republik Irland, Anm. d. Ü.) mußten während der Anhörung keinerlei Beweise vorgelegt werden.

Drumm, O'Kane und Murray haben mehr als drei Jahre in Untersuchungshaft zubringen müssen. Die 23jährige Pauline Drumm wurde in diesen ganzen drei Jahren in Isolationshaft gefangengehalten, getrennt von O'Kane und Murray. Sie wurde 21,5 Stunden am Tag in ihrer Zelle eingesperrt. Pauline wurde achtmal von einer Zelle in eine andere verlegt, ihr wurde der Zugang zum Gottesdienst verweigert, gleichzeitig wurde sie auf eine Dusche pro Woche und ein heißes Getränk am Tag heruntergestuft. Drumms Haftbedingungen zwangen sie zu einem 63 Tage währenden Hungerstreik zwischen Mai und Juli 1990.

Die Auslieferung der drei in der letzten Woche wurde von der Irish Political Prisoners in Europe Solidarity Group (IPPESG) (Solidaritätsgruppe mit Irischen Politischen Gefangenen in Europa, Anm. d. Ü.) verurteilt. Die IPPESG sah die Auslieferung der drei als „ein weiteres Beispiel eines fließbandähnlichen Verfahrens von politischer Auslieferung irische Gefangene in Europa betreffend". Sie baten die deutschen Justizbehörden eindringlich, „die Verfahren zu beschleunigen und sicherzustellen, daß der Fall zu einem gerechten und raschen Abschluß gebracht wird".

Artikel aus der irischen Wochenzeitung *An Phoblacht/Republican News*, 6. August 1992, S. 4 (Übersetzung: Palästinagruppe Westberlin)

Postadresse der drei irischen politischen Gefangenen: über Ermittlungsrichter beim BGH, Herrenstr. 45 a, 7500 Karlsruhe.

Gefangene als Streikmasse: Gefängniswärterstreik in Frankreich (Stand: 20. 9.)

Seit Freitag, 11. 9. 92, nach einem bewaffneten Ausbruch von 8 Gefangenen aus dem Gefängnis von Clairvaux, in dessen Verlauf einer der Gefangenen und ein Wärter erschossen wurden, bestreiken in über 100 der 182 französischen Gefängnisse die Wärter ihren Dienst.

Bereits im August, als ein Wärter von einem Gefangenen in Rouen getötet wurde, forderten sie Maßnahmen für die „Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen", sprich schärfere Sicherheitskontrollen, bessere Handhabe zur Überwachung und für Durchsuchungen und dafür mehr Personal.

Für die Gefangenen bedeutet der aktuelle Streik seit 10 Tagen in unterschiedlichem Ausmaß:

Rückzug der Wärter von sämtlichen Posten, kein Hofgang, keine Besuche (auch keine Anwälte), keine Postausgabe und -empfang, kein Einkauf, kein Duschen, bis dahin, daß in mehreren Gefängnissen die Essensausgabe für 36 Stunden blockiert wurde. Gefangene, die einen Prozeß haben, werden nicht rausgelassen.

Neben vagen Sanktionsdrohungen gegen die Streikenden haben die verantwortlichen Behörden (Justiz- und Innenministerium) bewaffnete Einsatzpolizei (CRS) und Gendarmerie (kasernierte Armee-Einheiten) in die Knäste beordert, um dort die „Sicherheit" und minimalste Versorgung der Gefangenen aufrechtzuerhalten. Es gibt bisher keine Informationen über die Situation in den betroffenen Gefängnissen, außer kurzen Meldungen über Protestaktionen von Gefangenen in zahlreichen Gefängnissen, u. a. in Moulin, wo nach einer Meuterei 100 Gefangene verlegt wurden, darunter auch Vincenzo Spano.

In Clairvaux wurden sämtliche Gefangene außer den als „gefährlich" eingestuften verlegt, die — wie z. B. Régis Schleicher, Gefangener aus Action Directe (AD) — in Isolationstrakten sitzen.

In Fleury waren vergangene Woche Besuche möglich, in Fresnes nicht (in diesen beiden Gefängnissen sitzen weitere AD-Gefangene, von den beiden Männern in Fresnes gibt es seit Streikbeginn keine Nachricht).

Mindestens ein Gefangener ist bereits während der Protestaktionen tödlich verunglückt.

Die Medien (aus denen die meisten dieser Informationen stammen) sprechen von einer „verhärteten Verhandlungsfront" zwischen den Wärtergewerkschaften und den Ministerien. Der letzte Vorschlag des Innenministers Vauzelle: die Erstellung eines „15-Punkte-Programms für als gefährlich eingestufte Gefangene"!

Brief aus Argentinien: Verhindert Verlegung

Buenos Aires, August 1992

Lieber Genosse, mit großer Freude erhielten wir Deinen Brief mit den Zeitungen der Angehörigen der politischen Gefangenen in Deutschland; wir haben darüber gleich in unserem Info geschrieben, obwohl wir es bislang noch nicht geschafft haben, den Inhalt zu übersetzen. Wir wollen das tun, damit die argentinische Gesellschaft auch Eure Realität kennenlernt.

Dank Dir, daß Du uns spanisch geschrieben hast, so konnten wir Dir schnell antworten. Wir hoffen, der Austausch wird regelmäßig. Wir schicken Dir nur ein Info, das Verschicken ist für uns ziemlich teuer, und unsere Kommission hält sich mit den Beiträgen seiner Mitglieder über Wasser und mit Hilfe einiger Aktivitäten, um Unterstützung von GenossInnen oder Institutionen zu bekommen.

Wir bitten Dich, daß Du unsere solidarischen Grüße und unsere Verbundenheit im Kampf für die Freiheit den Angehörigen der gefangenen GenossInnen in Deinem Land übermittelst.

Wir bitten Dich darum, daß Ihr Briefe, Telegramme oder Faxe an das Justizministerium schickt und dafür eintretet, daß sie unsere Gefangenen nicht verlegen, denn dies ist die Absicht der Regierung. Sie wollen sie in einen Knast im Süden (Rawson) schicken, um sie zu isolieren. Wir schicken Dir einen Modellbrief, der abgeändert werden kann und mit dem Ihr, soweit es möglich ist, andere Gruppen oder Personen ansprechen könnt, daß sie dasselbe tun. Schickt doch Kopien von allem Abge-

sendeten an unsere Adresse, damit wir sie veröffentlichen können.

Danke und einen lieben Gruß
Nenina Boulliet
comisión argentina por la libertad de los presos políticos, corrientes 1785, 2º piso c capital

---

Señor Ministro de Justicia de la Nación Argentina,
Dr. León Arslanian
Gelly y Obes 2289
Capital Federal
Argentina
Fax: 803-3955

De nuestra consideración:
Preocupados por la situación de los presos políticos de la causa de La Tablada, detenidos en las cárceles de Caseros y Ezeiza en Buenos Aires, solicitamos al Sr. Ministro no se efectúe ningún tipo de traslado de estos detenidos que implique desarraigo de sus familiares y lejanía de los Organismos de Derechos Humanos de ese país.

Sin otro particular saludamos al Sr. Ministro de la República Argentina, con nuestra consideración.

Berichtigung

Im Angehörigen Info Nr. 100 haben wir eine Abschrift des *Premiere*-Interviews mit Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer in Celle veröffentlicht. Leider sind dabei teilweise die Stimmen von Lutz und Knut verwechselt worden: Auf Seite 2 zweimal, auf Seite 4, zweite Spalte oben („Sie haben das öfters direkt oder indirekt gesagt ...") und auf Seite 5, beide Male in der zweiten Spalte, hatte nicht Lutz Taufer geantwortet, sondern Knut Folkerts. (d. Red.)

Angehörige Kinder malen für politische Gefangene

Auf 16 farbigen Postkarten haben sich sieben angehörige Kinder verschiedenen Alters ihre Knasterfahrungen von der Seele gemalt oder einfach den Gefangenen eine Freude machen wollen.
Bunte Kartenserie — 16 Stück 18 DM plus 2 DM Porto. Bei Sammelbestellung über 3 Serien und mehr — Porto 4 DM. Bitte Vorauskasse bar oder Scheck an: Angehörige der politischen Gefangenen, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/Main 80.

Die Aktion „Kinder malen für politische Gefangene" überweist 1000 DM auf das Konto für Christian Klars Verteidigung. Wir danken allen, die durch den Kauf der Karten dazu beigetragen haben.
Es sind noch Karten da!!

Termine

Veranstaltungsreihe „Gegen das Vergessen — Freiheit für Gerhard Bögelein" von der Autonomen Infogruppe Kiel und der AG Gerhard Bögelein organisiert.

Die nächsten Termine der Veranstaltungsreihe, die am 31. 8. in Kiel, Haßstr. 22, begonnen hat:
28. 9., 20 Uhr, Galerie, Antifaschistischer Widerstand 1970-1990; **5. 10.**, 20 Uhr, Theaterraum, Filmveranstaltung „Küchengespräch mit Rebellinnen"; **12. 10.**, 20 Uhr, Galerie, Rückblick auf die Zeit des Nationalsozialismus; **19. 10.**, 20 Uhr, Galerie, Faschistische Kontinuität am Beispiel der Justiz.

Unter dem Motto *„Schafft die Antifaschistische Einheit"* wird am **2. Oktober eine Demo in Göttingen** stattfinden. Ein inhaltlicher Schwerpunkt soll auch die Einstellung der Ermittlungsverfahren nach § 129 a gegen autonome Antifa sein. Das LKA Niedersachsen ermittelt gegen mindestens 15 Personen, die nach einem Angriff auf das FAP-Schulungstreffen im Umland von Mackenrode im Oktober '91 in eine Polizeikontrolle gerieten. Außerdem kam es zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahme von Flugblättern und Presseerklärungen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß der Antifa-Widerstand so massiv angegriffen wird. Deswegen:

Kommt zur Demo am 2. 10. 92 in Göttingen, 17.30 Uhr, Markt/Gänseliesel.
„Schafft die Antifaschistische Einheit! Weg mit den § 129 a-Ermittlungen gegen den Antifa-Widerstand!
Flugblätter, Plakate und ausführliches Demokonzept können angefordert werden bei: Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen.

Internationales Tribunal eingeborener Völker und unterdrückter Nationalitäten in den USA, **1.-4. Oktober 1992 in San Francisco, Kalifornien**
Unter der Leitung des American Indian Movement wird das Tribunal die Völker der nördlichen und südlichen Hemisphäre, Afrikas, Asiens und Europas zusammenführen. Vom 1. bis 4. Oktober finden Zeugenanhörungen und Diskussionen statt zur massiven und systematischen Verletzung der Menschenrechte und zur Nichteinhaltung internationaler Gesetze gegenüber farbigen Menschen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf die Bedeutung von Kolumbus für farbige Menschen in den USA gerichtet werden.
Kontaktadresse für weitere Informationen: International Tribunal, 2940 16th Street, ≠104, San Francisco, CA 94103, Tel. (415) 626-1875.

Infocafé in Hamburg zu den politischen Gefangenen
Für alle, die etwas wissen wollen über politische Gefangene aus RAF, antiimperialistischen Widerstand und anderen politischen Zusammenhängen, wollen wir eine Informationsstelle einrichten. Das Infocafé findet jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat im Café Frau Döse, Bartelsstr. 10, Tel.: (040) 4302590, statt. Ab 15 Uhr läuft der Cafébetrieb. Neben der Möglichkeit, sich bei Café und Kuchen zu erholen, können Interessierte sich mit uns unterhalten und diskutieren. Außerdem gibt es themenbezogene Literatur und aktuelle Broschüren und Zeitungen. Abends wird es regelmäßig Veranstaltungen zu verschiedenen Themen geben.

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m. b. H., Güntherstr. 6 a, 2000 Hamburg 76. V. i. S. d. P.: Heike Habel.
Redaktionsanschrift und Bestellungen: GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" ist wieder erhältlich — jetzt ohne den Demoaufdruck vom 20. 6. 92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten. Eine Rechnung wird dann den Plakaten beiliegen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: Freitag, 2. 10. 92